

Die EU als imperiale und hegemoniale Macht

Aus europäischen und amerikanischen Fachzeitschriften und Think-Tank-Publikationen 2008

Annegret Bendiek / Livia Schroedel / Mitja Sienknecht

So what is the nature of the beast? Die Frage, was für ein außenpolitisches Profil die Europäische Union eigentlich hat, wird in der Literatur schon lange kontrovers behandelt. Ist sie eine Zivilmacht, eine ökonomische Großmacht oder lediglich ein handlungsunfähiges politisches Mehrebenensystem? In Reaktion auf die Weiterentwicklung der Außen- und Sicherheitspolitik der Union und ihre wachsenden weltwirtschaftlichen Einflussmöglichkeiten wird der EU neuerdings das Potential zu einer imperialen und hegemonialen Politik attestiert. Der folgende Überblick soll zeigen, welche Argumente ausgewählte Autoren in europäischen und amerikanischen Fachzeitschriften zu der Ansicht verleiten, dass die EU trotz ihrer internen Verfassungskrise einen Großmachtanspruch formulieren kann.

Die wissenschaftliche Debatte zur europäischen Außenpolitik war im Jahr 2008 von Beiträgen beherrscht, die die EU in eine zunehmend global agierende und machtbewusste Rolle hineinwachsen sehen. Diese Rolle finde ihren Ausdruck insbesondere in der regionalen und internationalen Durchsetzung europäischer Normen und Werte. Mit Hilfe der theoretischen Konzepte der imperialen und hegemonialen Politik versuchen eine Reihe von Autoren das Phänomen zu erfassen, dass die EU seit geraumer Zeit territorial und als Regelsetzer expandiert, ohne dabei ihre normativen und friedlichen Prinzipien zu missachten, ohne zum Beispiel auf militärische Mittel zurück-

zugreifen. Die Anwendung verschiedener Imperiumskonzeptionen auf die EU kann damit als ein Versuch aufgefasst werden, die Einzigartigkeit der Europäischen Union als Großmacht analytisch zu erfassen, wobei sich die einzelnen Autoren begrifflich nicht aufeinander beziehen.

Die EU mit globalem Machtanspruch

Parag Khanna, Direktor der Global Governance Initiative und Senior Research Fellow der New America Foundation mit Sitz in Washington, vertritt in der Zeitschrift *Internationale Politik* explizit die These einer

Renaissance von Imperien. Das politische Ordnungsmodell des Imperiums ist nach Khanna historisch bemerkenswert stabil, wenngleich der Gründung und Expansion der Imperien in der Vergangenheit jeweils große Kriege vorangegangen seien. Neben den USA seien die EU und China die neuen Imperien, die die globale Machtverteilung zu dritt unter sich ausmachten. Im globalen Wettbewerb verfügten diese drei Imperien über je eigene Anreizstrukturen und diplomatische Stile, um weniger mächtige Schwellenländer ökonomisch an sich zu binden. Während die USA Koalitionen der Willigen favorisierten, bevorzuge China enge Konsultationen mit Drittstaaten und die EU den multilateralen Konsens. Khanna zufolge liegt der zentrale Unterschied zwischen modernen und historischen Imperien darin, dass Letztere einst Kolonien eroberten, während heutzutage Staaten gekauft würden. Die Imperien der Gegenwart gingen nicht länger aggressiv und unterwerfend vor, sondern wirkten innerhalb ihrer Einflusssphäre vielmehr friedenserhaltend und wohlstandsbringend. Die EU etwa biete ausgewählten Nachbarländern an, sich ihrem supranationalen Kooperationsystem anzuschließen. Khanna bezeichnet die EU als eine revolutionäre Institution mit der höchstentwickelten Form zwischenstaatlicher Regierung. Sie besitze sogar das einzigartige Potential, über die Grenzen des europäischen Kontinents hinaus mit friedlichen Mitteln auszugreifen. Khanna hält eine zukünftige Ausdehnung für möglich, die von Nordafrika bis in den Kaukasus reicht. Allerdings dürfe die EU als Imperium nicht unendlich expandieren, sondern müsse sich der funktionalen Grenzen ihrer Herrschaftsform bewusst bleiben.

Jan Zielonka, Professor für Europäische Politik an der Universität Oxford, weist in *International Affairs* dem außenpolitischen Handeln der EU ebenfalls einen imperialen Charakter zu. Die EU dominiere ihre Peripherie sowohl politisch als auch ökonomisch. Eine Vielzahl staatlicher und nicht-staatlicher Akteure unterliege ihrem Einfluss und sei direkt oder indirekt von ihr

abhängig, ohne dass die Union Zwang ausüben müsse. Die EU erfülle damit grundlegende Merkmale eines Imperiums. Zielonka sieht strukturelle Parallelen zwischen der heutigen EU und den Imperien früherer Zeiten: Die Außengrenzen seien, typisch für ein Imperium, kontinuierlicher Veränderung unterworfen; innerhalb des Herrschaftsgebiets bestünden beträchtliche sozioökonomische und kulturelle Differenzen, die zu einem heterogenen Demos führten; funktionale Kompetenzen fielen auseinander. Zielonka unterscheidet strikt zwischen den regionalen und den globalen außenpolitischen Ambitionen der EU. In der regionalen Erweiterungs- und Nachbarschaftspolitik gegenüber Mittel- und Osteuropa verfüge die EU über beachtlichen ökonomischen und (sicherheits-)politischen Einfluss. Ihre auf dem Ziel einer Anpassung an die europäischen Normen und Standards basierende konditionale Expansionspolitik sei hier sehr erfolgreich. Doch auch auf globaler Ebene sei die EU längst ein ernstzunehmender Akteur und nicht mehr allein eine *soft power* ohne unmittelbare materielle Durchsetzungsfähigkeit. Denn die EU setze im Rahmen ihrer Außenwirtschafts- und Handelspolitik recht erfolgreich ihre Normverbreitungsagenda um. Das dabei eingesetzte Instrumentarium reiche von Klauseln, die von Drittstaaten die Anerkennung demokratischer Prinzipien und der Menschenrechte fordern, bis hin zu einem abgestuften Sanktionsregime. Die Entscheidungshoheit der Union über den Zugang zum Binnenmarkt stelle ihr global wichtigstes Machtmittel dar. Die EU legitimiere ihre imperiale Außenpolitik damit, dass sie Normen verfolge, die nicht nur europäischen Eigeninteressen dienten, sondern allen Ländern, die sie übernehmen, auf lange Sicht Wohlstand und Sicherheit verheißen.

Auch **Zaki Laïdi**, Professor am Institut des Sciences Politiques in Paris, spricht der EU den Status eines »normativen Imperiums« zu. Identität und Strategie der EU gründeten Laïdi zufolge auf dem Streben, ein auf Regeln basierendes internationales

System zu schaffen. Die Union verfolge das Ideal einer *world governance* im Sinne eines auf verschiedenen Ebenen operierenden normensetzenden und normendurchsetzenden Systems. Dieses Mehrebenensystem bewege sich institutionell zwischen traditionellem Intergouvernementalismus (der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit) und einem weltweiten Föderalismus und habe nach den Vorstellungen der EU die prioritäre Aufgabe, globale öffentliche Güter (»global public goods«) zu schützen. In einer globalisierten Welt habe jeder Akteur ein Interesse daran, dass seine eigenen Normen weitestgehend denen entsprechen, die international akzeptiert werden. Da der Bedarf an Normen und Regeln im Kontext der Globalisierung immer größer werde, falle der EU mit ihrer regulativen Macht eine weltweite Führungsrolle zu. In drei Bereichen der globalen Ordnungspolitik trete die EU besonders entschieden auf und versuche die Interessen ihrer Bürger, ihrer Mitgliedstaaten und ihrer Wirtschaftsunternehmen durchzusetzen: Umwelt, globaler Wettbewerb und Global Governance. Nach Laidis Einschätzung besteht die größte Herausforderung für die EU als globaler Akteur darin, ihre interne Fragmentierung zu überwinden. Nur dann werde sie ihre Vorbildwirkung auf andere regionale Akteure voll ausschöpfen und neue Themen auf die internationale Agenda setzen können. Die EU müsse darüber hinaus darauf bedacht sein, ihre normative Agenda systematisch mit den Agenden aufstrebender Staaten wie Russland, China und Indien abzugleichen, um neue Politikinitiativen für multilaterale Kooperationen zu entwickeln.

A. Wess Mitchell, Forschungsdirektor beim Center for European Policy Analysis in Washington, verweist in seinem Artikel in der amerikanischen Zeitschrift *Orbis* ebenfalls auf die imperialen Züge der EU. Mitchell sucht nach Parallelen zwischen der Union und dem Vielvölkerstaat der Österreichisch-Ungarischen Monarchie im 19. Jahrhundert. Auf diesen Vergleich greift der Autor gewissermaßen als Notlösung aus der Tatsache heraus zurück, dass es für die Beschreibung

des Phänomens EU keine hinreichenden theoretischen Grundlagen gebe. Deshalb lohne es sich, die Erfolgsbedingungen des österreichisch-ungarischen Imperiums zu ergründen und danach zu fragen, inwieweit sie sich auf die EU übertragen ließen. Der Schlüssel zur Stabilität der Donaumonarchie sei die konstitutionell verankerte Dezentralisierung und relative Autonomie ihrer Gliedstaaten gewesen. Dieses Prinzip sei im Fall der EU mit dem Subsidiaritätsprinzip garantiert. Aktuell sei mit dem Ringen um den Vertrag von Lissabon in der Union jedoch ein Trend erkennbar, der in einzelnen Mitgliedstaaten, die zu starke Souveränitätseinbußen befürchten, bereits entschlossenen Widerstand hervorgerufen hätte. Neben der Dezentralität sei die zweite Bedingung für imperiale Stabilität die ökonomische Integration und Liberalisierung. Der gemeinsame Binnenmarkt und seine Privilegien müssten als Herzstück des Imperiums für die Union stets Priorität haben. Deshalb sei den EU-Eliten zu empfehlen, den aktuell ins Stocken geratenen Prozess einer noch tieferen politischen Integration zunächst ruhen zu lassen. Widerstände unter den Mitgliedstaaten ließen sich nicht mit dem Appell an die europäische Idee auflösen, wohl aber mit der Aussicht auf wirtschaftliche Vorteile, die sich aus den Privilegien des Binnenmarkts und des gemeinsamen Währungsraums ergeben. Ein dritter Faktor, der den Zusammenhalt eines Imperiums stärke, sei der Bereich kollektiver Sicherheit. Was der Sicherheitsschirm Österreich-Ungarns gewesen sei, den Wien über die Reichsteile aufgespannt habe, sei für die EU die »Solidaritätsklausel«. Gerade die sicherheits- und verteidigungspolitische Dimension der EU entwickle sich dynamisch, sei aber nach wie vor von den Sicherheitsgarantien der USA abhängig.

Die EU mit regionalem Machtanspruch

Eine Reihe von Autoren argumentieren, dass der expansive, auf Macht- und Einfluss-

gewinn gerichtete Charakter der europäischen Außenbeziehungen nicht im globalen Maßstab, sondern allein in Bezug auf die Nachbarschaftsregion zu beobachten sei. Der imperiale und hegemoniale Machtanspruch bleibe also in seiner Reichweite beschränkt. Sämtliche Autoren verzichten aber darauf, eine begriffliche Abgrenzung zwischen »imperial« und »hegemonial« vorzunehmen.

Christopher S. Browning von der University of Warwick und **Pertti Joenniemi** vom Danish Institute for International Studies in Kopenhagen zeichnen im *European Journal of International Relations* ein differenziertes Bild der jeweiligen Geopolitiken der EU, je nach dem, ob etwa der Mittelmeerraum im Süden, die sowjetischen Nachfolgestaaten im Osten oder die sogenannte Norddimension betrachtet werden. Zusätzlich untersuchen die Autoren die europäische Geopolitik unter Bezugnahme auf drei Modelle: eines westfälischen, imperialen und neomedievalen Europas. Im westfälischen Modell wird die EU als einheitlicher Akteur mit festgelegten Außengrenzen und einem Machtzentrum im Sinne moderner Staatlichkeit beschrieben. Das imperiale Modell geht davon aus, dass das Regieren vom Machtzentrum in Brüssel aus in Form von konzentrischen Kreisen erfolgt. Das bedeutet, dass mit zunehmender Entfernung vom Zentrum der Einfluss und die Fähigkeit zur Normdurchsetzung der EU abnehmen. Im Modell eines neomedievalen Europas ist Macht nicht länger zentriert, vielmehr bilden sich regionalisierte und politikbereichsspezifische Herrschafts- und Steuerungsstrukturen heraus.

Aus den Modellen leiten die Autoren vier strategische Handlungsoptionen für die EU ab, die sich ihrer Ansicht nach durchaus in Bezug auf die verschiedenen Nachbarschaftsräume kombinieren lassen:

1. Die sogenannte *networked (non)border*-Strategie zielt auf ein »grenzenloses« Europa, in dem die Verantwortung für den Grenzraum zwischen der EU und ihren – als gleichberechtigt anerkannten – Nachbarn

geteilt wird. Mit Ausnahme dieser ersten gehen alle anderen Strategien von einer mehr oder minder ausgeprägten Machtasymmetrie zwischen einer dominanten EU und ihren Nachbarn aus.

2. Die *march*-Strategie verfolgt den Aufbau einer Sicherheits- oder Pufferzone zwischen der EU und ihren weniger stabilen und weniger wohlhabenden Nachbarn.

3. Die *colonial frontier*-Strategie basiert auf der Annahme eines fluktuierenden Nachbarschaftsraums. Innerhalb dieses dynamischen Raumes finden politische und kulturelle Transformationsprozesse nach den Vorstellungen der EU statt mit dem Ziel, dass sich diese Gebiete schrittweise in die Union eingliedern.

4. Die *limes*-Strategie geht von statischen Grenzlinien statt Grenzräumen aus. Eine solche Strategie würde vor allem der Bewahrung imperialer Besitzstände nach innen und der Abgrenzung nach außen dienen.

In der Zeitschrift *Europe-Asia Studies* entwickelt **Hiski Haukkala**, Wissenschaftler am Finnish Institute of International Affairs, zum Verständnis der regionalen Außenpolitik der EU ein multikausales Modell, in dem ideelle und materielle Formen von Macht zusammenspielen. Für Haukkala ist die EU ein potentielles Imperium wider Willen, dem sich mit zunehmender Dringlichkeit die Frage nach den Grenzen des eigenen Projekts stelle. Im Widerspruch zu dem von vielen Seiten gezeichneten Bild der EU als eher passiver normativer Macht attestiert der Autor der Union eine äußerst aktive Rolle als regionaler Hegemon. Die EU nutze ihre ökonomischen und regulativen Einflussmöglichkeiten, um ihre Werte und Prinzipien gezielt über die eigenen Grenzen hinaus zu verbreiten. Sie verfolge diese Strategie insbesondere im Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik. Der Erfolg dieser hegemonialen Politik setze allerdings voraus, dass die Zielstaaten sie als legitim wahrnehmen und akzeptieren. Ohne die Aussicht auf eine konkrete Beitrittsperspektive und auf die Partizipation als Voll-

mitglied schwänden die Bereitschaft zur Übernahme europäischer Normen und Werte und damit die Effektivität der europäischen Konditionalitätspolitik erheblich. Insgesamt kritisiert Haukkala, dass die EU ihr normatives Potential im Rahmen der ENP nur unzureichend ausschöpfe und damit weit hinter ihren Möglichkeiten zurückbleibe. Über die Erweiterungspolitik hinaus könne die EU ihre regional begrenzte normative Hegemonie in Zukunft nur ausüben, wenn sie auf eine allzu große Detailversessenheit bei der Acquis-Übernahme durch die Nachbarländer verzichte. Stellte die EU die übergeordneten Normen und Werte deutlicher in den Vordergrund, könne sie auf lange Sicht ihre Legitimität stärken und auch ihr Umfeld erfolgreich politisch und ökonomisch beeinflussen, ohne militärische Zwangsmittel einsetzen zu müssen.

An diesem Punkt setzt der Aufsatz von **Adrian Hyde-Price**, Professor für Internationale Politik an der University of Bath, an. Hyde-Price kritisiert in der *International Affairs* das Selbstverständnis der EU als moralische oder ethische Macht und argumentiert, dass sich die Union auch nicht anders als vergleichbare Großmächte verhalte. Instrumente wie die EU-Konditionalitätspolitik, die militärischen Missionen oder auch die Erweiterungs- und Nachbarschaftspolitik seien handfeste Indizien für *hard power* und eine hegemoniale Außenpolitik. Ein Hegemon tendiert laut Hyde-Price dazu, seine partikularen Interessen in universalistische Grundsätze umzuformulieren, um so zu suggerieren, dass die eigenen Vorteile auch dem Rest der Welt dienen. Die moralische Überhöhung der EU-Außenpolitiken sei symptomatisch für dieses Vorgehen. Für eine langfristig erfolgreiche und glaubwürdige Positionierung Europas im internationalen System ist es Hyde-Price zufolge notwendig, dass die EU ihre Außen- und Sicherheitspolitik wieder enger an die gemeinsamen Interessen ihrer Mitgliedstaaten zurückbindet. Normative, missionarische oder ethische »Kreuzzüge« seien in einer anarchischen internationalen

Umwelt unangemessen und würden von anderen Staaten ohnehin nur als heuchlerisch empfunden. Die EU müsse die Existenz rivalisierender Interessen und den Vorrang nationalstaatlicher Sicherheit akzeptieren und sich die drei wesentlichen Prinzipien einer Ethik internationaler Politik zu eigen machen: interessenbasierte Umsichtigkeit, Skeptizismus und Reziprozität.

Die Kritik

Die Ansätze in der wissenschaftlichen Analyse der europäischen Außenpolitik, die dem Konzept des Imperiums oder der Hegemonie folgen, beruhen auf der Annahme, dass die EU ein selbstbewusster und handlungsfähiger Akteur ist. Dieser Ausgangshypothese stehen jedoch Fachbeiträge entgegen, die die materiellen Fähigkeiten der EU für zu begrenzt halten, als dass diese auf ihre internationale Umgebung Einfluss nehmen könnte.

Für **Ronald D. Asmus**, Executive Director des Transatlantic Center in Brüssel und Verantwortlicher für die strategische Planung beim German Marshall Fund der USA, und **Tod Lindberg**, Research Fellow an der Stanford University und Herausgeber der *Policy Review*, ist die globale Verbreitung von Normen und Werten, die die EU-Staaten selbst konstitutionell verankert haben, der Kern europäischer Macht. Ebenso wie die USA habe die EU den universellen Anspruch, Staaten in ihrer Peripherie und darüber hinaus zur Übernahme der für sie konstitutiven Werte und Normen zu bewegen und auf diesem Wege allmählich eine auf europäischen Normen und Regeln basierende internationale Ordnung aufzubauen. Asmus und Lindberg fragen sich allerdings, wie die EU in die Lage versetzt werden könne, ihre Werte und Normen trotz fehlender *hard power* in der Außenpolitik auch effektiv umzusetzen. Sie konstatieren, dass die Union seit ihrer Gründung in den 1950er Jahren bis heute auf die USA als Schutzmacht angewiesen sei. Die eigentliche Bedrohung für die europäische

Vision sei Russlands neuer Machtanspruch und die offene Infragestellung europäischer Werte durch Moskau. Aber auch die neuen aufstrebenden Mächte wie China und Indien seien keine verlässlichen Partner für die EU, da sie die europäischen Vorstellungen eines globalen Multilateralismus auf der Basis der Charta der Vereinten Nationen nur unter bestimmten Umständen teilen.

Über diese kritischen Anmerkungen hinaus wären als Gründe für Europas eingeschränkte außen- und sicherheitspolitische Handlungsfähigkeit wohl auch die EU-internen Abstimmungsprozesse anzuführen. Weder sieht der Vertrag von Lissabon Mehrheitsentscheidungen in der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik als Regelfall vor, noch kann sich die EU dazu durchringen, ihre militärischen Ressourcen nachhaltig zu stärken. Es verwundert daher auch nicht, dass der **National Intelligence Council**, das Zentrum der US-Geheimdienste für mittel- und langfristige strategische Prognosen, in seiner jüngsten Studie *Global Trends 2025* davon ausgeht, dass die EU bis 2025 vorwiegend mit internen Herausforderungen konfrontiert sein und keine globale Führungsrolle im Sicherheitsbereich übernehmen können wird. Jenseits des Exports von politischer Stabilität in ihre nähere Umgebung fehle ihr einfach die politische Durchsetzungskraft, um ein global wichtiger Akteur zu werden.

Auch **Asle Toje**, Senior Fellow am Norwegian Institute for Defence Studies, steht den außenpolitischen Perspektiven der EU in seinem Beitrag für das *Journal of European Integration* eher skeptisch gegenüber. Der wesentliche Grund für die machtpolitische Zurückhaltung der EU seien die langwierigen, dezentralen Entscheidungsprozesse im Rahmen der GASP. Der Zwang zum Konsens aller 27 Mitgliedstaaten und der außerordentliche Koordinationsaufwand, der dem gemeinsamen außen- und sicherheitspolitischen Handeln vorausgehe, würden die EU auf den Status eines Ad-hoc-Akteurs reduzieren, der mehr reagiert, als dass er aktiv in das Geschehen eingreift. Toje bescheinigt der EU, dass sie zwar über die

relevanten Mittel für eine außenpolitische Großmacht, wie die notwendige Technologie, die Finanzkraft und die Bevölkerung verfüge, ihr aber der politische Gestaltungswille fehle. Sie sei von den Ideen des liberalen Internationalismus geprägt und lasse sich von politischen Grundsätzen leiten, die eher einer kleinen als einer aufstrebenden oder gar einer Großmacht entsprächen. Ihr strategisches Verhalten beruhe nach wie vor auf der sicherheitspolitischen Abhängigkeit von den USA, einer Politik der Nichtkonfrontation mit größeren Staaten und einer ausgeprägten Präferenz nicht-militärischer, multilateraler Konfliktlösung. Nach Tojes Einschätzung bietet die EU den europäischen Staaten zwar die einzige Möglichkeit, eine globalpolitische Rolle zu spielen, doch beurteilt er ihre Chancen, diese auch tatsächlich zu übernehmen, als eher gering. Voraussetzung dafür wären: die militärische Dominanz der USA zu überwinden, neuartige militärische Technologien zu entwickeln, intern einen ideologischen Paradigmenwechsel vorzunehmen oder mit einer existenziellen Bedrohung konfrontiert zu sein.

Abschließend ist festzuhalten, dass die Kategorien des Imperialen und des Hegemonialen in der wissenschaftlichen Analyse der europäischen Außenpolitik durchaus innovativ sind. Die EU lässt sich nicht mehr ausschließlich als Zivilmacht oder als intergouvernementales Regime beschreiben. Die theoretische Debatte ist damit reichhaltiger und zumindest potentiell ergiebiger geworden. Es kann heute allerdings noch nicht als gesichert gelten, dass sich die beiden Konzepte in der Diskussion auch längerfristig behaupten werden. Dafür wären die Termini des Imperiums und der Hegemonie noch begrifflich zu schärfen und empirisch stärker zu untermauern.

Besprochene Aufsätze

Asmus, Ronald D./Lindberg, Tod, *Rue de la Loi:*

The Global Ambition of the European Project
(with a reaction by Robert Cooper),
Muscatine, IA: The Stanley Foundation,
September 2008 (Working Paper), S. 1–18,
<[www.stanleyfoundation.org/
publications/other/EuropeanProject.pdf](http://www.stanleyfoundation.org/publications/other/EuropeanProject.pdf)>

Browning, Christopher S./Joenniemi, Pertti,

»Geostrategies of the European Neighbour-
hood Policy«, in: *European Journal of Inter-
national Relations*, 14 (2008) 3, S. 519–551,
<[http://ejt.sagepub.com/cgi/reprint/
14/3/519](http://ejt.sagepub.com/cgi/reprint/14/3/519)>

Haukkala, Hiski, »The European Union as a
Regional Normative Hegemon: The Case
of European Neighbourhood Policy«, in:
Europe-Asia Studies, 60 (2008) 9, S. 1601–1622

Hyde-Price, Adrian, »A ›Tragic Actor? A Real-
ist Perspective on ›Ethical Power Europe‹«,
in: *International Affairs*, 84 (2008) 1, S. 29–44

Khanna, Parag, »Interimperiale Beziehungen.
Über die Notwendigkeit des Neuaufbaus
von Global Governance in der heutigen
geopolitischen Weltordnung«, in: *Inter-
nationale Politik*, 63 (2008) 7/8, S. 28–35

Laïdi, Zaki, *The Normative Empire. The Un-
intended Consequences of European Power*,
Coventry: Garnet, Februar 2008 (Garnet
Policy Brief 6), <[www.garnet-eu.org/
fileadmin/documents/policy_briefs/
Garnet_Policy_Brief_No_6.pdf](http://www.garnet-eu.org/fileadmin/documents/policy_briefs/Garnet_Policy_Brief_No_6.pdf)>

Mitchell, A. Wess, »Empire by Devolution:
What Today's EU Can Learn from Franz
Josef I's Empire«, in: *Orbis. A Journal of World
Affairs*, 52 (2008) 3, S. 460–478

National Intelligence Council, *Global Trends
2025: A Transformed World*, Washington, D.C.,
November 2008 (NIC 2008–003),
<[www.dni.gov/nic/PDF_2025/
2025_Global_Trends_Final_Report.pdf](http://www.dni.gov/nic/PDF_2025/2025_Global_Trends_Final_Report.pdf)>

Toje, Asle, »The European Union as a Small
Power, or Conceptualizing Europe's Stra-
tegic Actorness«, in: *Journal of European
Integration*, 30 (2008) 2, S. 199–215

Zielonka, Jan, »Europe as a Global Actor:
Empire by Example?«, in: *International
Affairs*, 84 (2008) 3, S. 471–484.

© Stiftung Wissenschaft und
Politik, 2009
Alle Rechte vorbehalten

SWP
Stiftung Wissenschaft und
Politik
Deutsches Institut für
Internationale Politik und
Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3–4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6380